

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

als Publizist mit eigener Meinung muß man heutzutage mehr denn je mit den verschiedensten Anfeindungen rechnen und leben. Diese sind harmlos, wenn dabei nur der Vorwurf erhoben wird, keine „moderne“ und „der Zeit angepasste“ Meinung zu haben, verletzender ist schon der ebenfalls anzutreffende Vorwurf mangelnder Intelligenz und ganz und gar abstrus sind Drohschreiben jeglicher Art (die glücklicherweise bis jetzt nur selten vorkommen). Interessant ist in diesem Zusammenhang der fast immer anzutreffende Vorwurf „rechts“ zu sein.

Abgesehen von der mangelhaften Differenzierung, die hinter diesem Vorwurf steckt (die meisten schreiben eben „rechts“ und nicht „rechtsradikal“) kann eine Einordnung in die politische Landschaft, die sich eben von links nach rechts erstreckt, zunächst nichts Negatives an sich haben. Ob man nun politisch links oder rechts steht – es ist stets nur eine für jeden Menschen legitime politische Selbstverortung. Dennoch wird der (konstruierte) „Rechts-Vorwurf“ gerne dann gebraucht, wenn jemand wagt, auch vordergründig unpopuläre Dinge an- und auszusprechen.

Hier ein paar Beispiele. Wer spätestens angesichts des Skandals um die jetzt entlassene ARD-Deutschlandchefin und RBB-Intendantin Patricia Schlesinger ein Ende des zwangsgebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in seiner gegenwärtigen Ausprägung und Größe fordert, wird sofort als „rechts“ abgestraft. Dies vielleicht auch – aber natürlich ebenfalls grundlos –, weil es eine Forderung ist, die seit langem von der AfD vertreten wird. Als „rechts“ diffamiert wurde z.B. auch, wer die überbordenden Corona-Maßnahmen der letzten Jahre kritisierte und auch für den kommenden Winter wieder Schlimmes erwartet. Kritik an einem Antirassismus, der die Menschen nach ihrer Hautfarbe ein- und unterteilt, Kritik an „Schweden-Gretel“ FFF-Bewegung (die zunehmend von linksradikalen Kräften unterwandert scheint), Unverständnis über die „Cancel-Culture“-Bewegung, die zu einer großen „Zensurbewegung“ zu werden droht, Probleme mit Quotenregelungen für Frauen oder dritten, vierten, fünften und noch so vielen Geschlechtern: Die Äußerung derartiger Meinungen ist stets mit der Gefahr einer öffentlichen Abstrafung und Verächtlichmachung verbunden.

Blickt man nun etwas genauer auf die vorstehend aufgeführten Kritikpunkte (deren Liste wohl fast beliebig erweitert werden könnte) fällt auf, daß dahinter nicht nur ein eher konservatives Denken steht (um den Begriff „rechts“ zu vermeiden), sondern daß sie im jeweiligen Einzelfall meistens auch für ein freiheitliches Denken stehen. Und das scheint in der heutigen politischen Landschaft, in der Nach-Merkel-Zeit, sehr verpönt zu sein. Noch 1987 sagte der scheidende SPD-Vorsitzende Willy Brandt vor dem SPD-Parteitag, daß ihm neben dem Frieden „Freiheit“ am wichtigsten sei. Kämen solche Worte wohl auch aus den Mündern des heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD) oder der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken? Wohl eher nicht. Denn in weiten Bereichen der öffentlichen Meinung sind Begriffe wie „Freiheit“, „Selbstbestimmung“ oder gar „Eigenverantwortung“ nur noch negativ belegt. Denn sie passen nicht in das von Politikern wie Karl Lauterbach (SPD) verfolgte Panikpolitik-Konzept. Mehr Staat, steigende Steuerlasten mit immer mehr Umverteilung (und damit eine noch weiter steigende Staatsquote), immer neue Corona-Maßnahmen: Auch diese Liste ist fast beliebig erweiterbar. Sie wurde und wird von „nicht-rechten“ politischen Kreisen entwickelt und hochgehalten, die nicht nur den beiden roten oder der grünen Partei nahestehen, sondern manchmal auch der FDP oder den noch von Merkel geprägten Unionsteilen.

Den „freiheitlichen Denkern“ bleibt die Frage nach dem richtigen Umgang mit den gegen sie erhobenen „Rechts-Vorwürfen“. Ignorieren ist hier wohl die beste Taktik. Denn den Vorwurf, daß man „rechts“ sei, weil man statt dem Staat lieber den eigenen Fähigkeiten vertraut und die dazu erforderliche Freiheit einfordert, kann man dann auch als Kompliment auffassen! (tb)

2 **Weißrussland „dirigiert“ wieder verstärkt Migranten nach Litauen**

Laut dem litauischen Grenzschutz-Kommandeur Rustamas Liubajevas schickt Weißrussland seit Mitte Juli wieder verstärkt illegale Migranten an und über die litauische Grenze. Diese Entwicklung stehe teilweise im Zusammenhang mit „politischen Entscheidungen in Litauen und der Europäischen Union“, sagte der Grenzschützer. Und er fügte an: „Nun sieht es so aus, als ob Litauen wieder einmal als Ziel dieser Form eines hybriden Angriffs ausgewählt wurde.“ Der Umfang des Migrantenstroms sei zwar noch geringer als im letzten Jahr, aber im Vergleich zu den Vormonaten habe er im Juli doch deutlich zugenommen.

Nachdem im vergangenen Sommer der Migrantenstrom kräftig angeschwollen war, wies die litauische Regierung ihre Grenzschützer zu einer verstärkten Zurückweisung an. Dies wiederum erregte den Unmut verschiedener Menschenrechtsorganisationen, die Vilnius damit einen Verstoß gegen das Menschenrecht, Asyl zu beantragen, vorwarfen. Die litauische Regierung bezeichnete Weißrusslands Vorgehen bereits im vergangenen Jahr als Teil eines „hybriden Angriffs“, der von Weißrussland orchestriert worden sei, um über Litauen die gesamte Europäische Union unter Druck zu setzen. (tb)

3 Je größer die Krise, desto größer die Chancen

(von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Hannover)

In den vergangenen Jahrzehnten hatten wir

- die größte und hemmungsloseste Geldmengen-Vermehrung durch die Zentralbanken aller Zeiten,
- die größte Staatsverschuldung aller Zeiten,
- die größte Spekulationsblase (Derivate) der Banken
- und eine sich beschleunigende weltweite Inflation.

Das Crash-Forscherteam des Mittelstandsinstituts Niedersachsen rechnet deshalb nicht mehr nur mit einer Rezession, sondern mit einer globalen Depression.

Wenn aber viele viel verlieren, können andere viel gewinnen.

Verlierer der kommenden Depression wird sein,

- wer sein Vermögen in Geldwerten hält, denn die wachsende Inflation wird eine Währungsreform erzwingen, also eine Abwertung des Geldes. In der letzten Inflation 1947 wurde um 90 % abgewertet. Viel besser wird es auch dieses Mal nicht. Die Währungsreform wird bereits digital vorbereitet
- wer jetzt noch Sachwerte verkauft, also gegen Geld wechselt, der verliert, denn Sachwerte werden weniger enteignet als das Geld in der Währungsreform,
- wer zu viele Schulden hat, denn nur der Staat entschuldet sich durch eine Währungsreform. Die Schulden der Privatleute blieben immer mehr oder weniger erhalten. Wer also mit Schulden in die Depression geht, muss von seinem sinkenden Einkommen noch die Schulden bedienen, hat also weniger netto zur Verfügung als andere, die keine oder nur wenige Schulden haben. Auch wer bereits im Abschwung verkaufen muss, ist schon Verlierer.
- wer jetzt in der Inflation als Unternehmer langfristige Absatzverträge abschließt, ist Verlierer, verliert pro Jahr die Inflationsentwertung des Geldes im Kaufpreis.
- wer in Rezession und Depression seine wachsenden Betriebskosten nicht in den Griff kriegt, verliert den Betrieb. Nur wer rechtzeitig Exit-Planungen macht, weiß, was er wann tun muss, etwa den Betrieb zu reduzieren, Betriebsteile stillzulegen, überschüssige Maschinen zu verkaufen, weiß, von welchem Personal er sich zuerst trennen muss, um nicht zu dem Drittel der in der Krise sterbenden Unternehmen zu gehören.
- Verlierer wird auch, wer als Unternehmer sich persönlich einem Crash nicht mehr gewachsen fühlt, weil er zu alt oder krank oder kein strategischer Unternehmer ist.
- Verlierer ist aber auch immer derjenige, welcher Politikern oder ihren Medien glaubt und sich danach richtet.
- wer in einer Mietwohnung sitzt, hat gegenüber den Wohnungseigentümern zusätzliche Mietausgaben und deshalb geringeren Lebensstandard. Wer zu teuer gemietet oder gebaut hat, kommt bei sinkenden Löhnen in die Schere.
- Vor allem verliert in der Rezession, wer arbeitslos wird. Er wird in der Depression nicht kurzfristig gleichwertige Arbeit finden.
- Ebenso geht es Rentnern. Die Renten werden in der Depression zu Mindestrenten. Wer dann keine Ersparnisse, keine Reserven und keine Zusatzeinnahmen aus Vermietung oder aus eigener Tätigkeit mehr hat, wird arm.

In zwei Studien hat das Mittelstandsinstitut Niedersachsen schon im Jahr 2000 einen Crash und seine Folgen vorherbedacht¹ und vorhergesagt, dass etwa ein Drittel der Unternehmen in Deutschland im Crash zugrunde gingen, dass wir mehr als sechs Millionen Arbeitslose bekommen würden, dass unser teures Gesundheitssystem dramatisch eingedampft werden müsse, dass wir uns die höchste Sozialunterstützung der Welt nicht mehr leisten können, vor allem nicht für die Millionen Arbeitsunwilligen und Immigranten, dass ein Verteilungskampf bis zum Bürgerkrieg entstehen könnte, dass Deutschland wieder arm wie früher werde.

Dabei war nicht einmal vorausgesehen worden, dass eine deutsche Regierung die Schulden der Welt übernahm (Merkel), dass eine deutsche Regierung die Wohlstandsbasis unserer billigen russischen Energieversorgung zum Schaden aller Bürger kündigen würde (um dafür nicht einmal genug dreimal so teures US-Gas einzukaufen), dass diese Regierung auch den US-Weisungen zur Schädigung ganzer Wirtschaftsbereiche folgen und sogar führende deutsche Technologien (Atomtechnik, Automobilbau u.a.) vorsätzlich schädigen und sogar beenden würde, dass wir also selbst unseren Wohlstand aus ideologischen (Ökologie statt Ökonomie) oder politischen (US-Weisung) Gründen in „fröhlicher infantiler Selbstschädigung“ vernichten würden.

Wo es in der Wirtschaft Verlierer gibt, gibt es meist auch Gewinner. Dazu wird gehören,

- wer unserer ökonomischen Laienspielschar-Regierung und der Propaganda ihrer Medien nicht traut und stattdessen mit einem Zusammenbruch dieser Politik rechnet und sich darauf vorbereitet hat, indem er sich etwa rechtzeitig entschuldet hat, aus den schwindenden Geldwerten in Sachwerte geflüchtet ist, für Vermögenserhalt und Zahlungsfähigkeit in einer Depression vorgesorgt hat².

¹ Hamer, Eberhard und Eike „Was tun, wenn der Crash kommt?“, Hannover 2000, 10. Aufl. 2008

² Vgl. dazu Hamer Eberhard und Eike „Der große Crash-Ratgeber“, Kopp-Verlag 2017

- Die Krise zehrt an allen Nerven. Dann wird wichtig, ob das Ehe- und Familienleben in Ordnung ist, man sich aufeinander verlassen kann und Sicherheit daraus gewinnt.
- Wenn der Euro in der Währungsreform verschwindet und das digitale Geld nicht funktioniert, kann man mit Münzen zahlungsfähig bleiben, ist also ein Gold- und Silberschatz existenznotwendig.
- Wenn Rente und Sozialhilfen auf ein Minimum schwinden, kann der überleben, welcher unverzichtbare Produkte (etwa Landwirtschaft) oder Leistungen (Handwerksleistungen, Arztleistungen u.a.) anbieten und damit Tauschwirtschaft betreiben kann.
- Wieder wohlhabend werden kann, wer vor dem Crash auf Börsenboom, im Crash rechtzeitig in Sachwerte oder Metall gewechselt ist und in der Depression wieder in die gefallenen Börsenwerte wechselt.
- Oder auch Unternehmer, welche in der Rezession einen billigen Betrieb in einer Branche übernehmen, welche im wirtschaftlichen Wiederaufstieg besondere Chancen hat.

Wenn im Crash mehr als eine Million unserer Betriebe in Existenznot geraten, muss es leicht sein, wenigstens einen zu finden, dessen Investition das Überleben sichert und eine gute Entwicklung verspricht.

.. In der kommenden Depression wird es für uns alle statt um Gewinnmaximierung ums wirtschaftliche Überleben gehen.

Die gute Nachricht: Wenn von fünf Millionen Betrieben ein oder zwei Millionen untergehen, wird doch die Mehrheit überleben.

Und von den Privatpersonen werden diejenigen besser durch die Krise kommen, die damit gerechnet und sich darauf vorbereitet haben – gegenüber der Spaßjugend, den Öko- und Genderideologen und anderen Gruppen, welche den Wohlstand für selbstverständlich gehalten haben, von dessen Zusammenfall überrascht und deshalb arm werden.

Ein ungegendertes spanisches Sprichwort sagt: „Ein rechtzeitig gewarnter Mann kann Sieger werden, wenn er danach handelt!“

4 Merz machte „Böcke“ zu „Gärtnern“

Mit seiner Nichtteilnahme an einer Diskussionsveranstaltung, auf der – in zeitlichem Abstand – neben ihm der konservative Publizist Henryk M. Broder und der Anwalt und versierte Wettbewerbsrechtler Joachim Steinhöfel zu Wort kommen sollten, machte sich der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz nicht nur Freunde (vgl. auch „Vertrauliche“ vom 16.8.2022, Tz. 1). Jetzt äußerte sich auch Steinhöfel auf seiner Internetseite zu dem Fall und er plauderte dabei ein wenig aus dem parteipolitischen Nähkästchen. Wir möchten Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, zu Ihrer persönlichen Meinungsbildung einige seiner Äußerungen nicht vorenthalten:

„Als es Friedrich Merz schließlich gelungen war, Vorsitzender der CDU zu werden, fand er im Konrad-Adenauer-Haus eine Personalsituation vor, die für ihn, gelinde gesagt, eher ungünstig war. Merkel-Truppen, wohin das Auge schweifte. . . . Merz hat (hier) nicht nur aufgeräumt, er hat auch das falsche Personal im eigenen operativen Bereich positioniert. . . . Hier gilt es nun, sich mit zwei juvenilen, politischen Persönlichkeiten zu befassen, die bislang vornehmlich im Hintergrund agierten. Martin Bracht (31) ist seit dem 1.8.2022 Leiter des Büros von Friedrich Merz im Konrad-Adenauer-Haus. Er ist sowohl in der Union als auch bei seinen 6696 Followern bei Twitter als Merz-Gegner bekannt, der, als sich der Wind in der Union drehte, zügig Tweets löschte, die seine ideologische Gegnerschaft zu Merz deutlich machten und die Chance, Sekretär des neuen Vorsitzenden zu werden, hätten vereiteln können. Ich (Steinhöfel, die Red.) habe bis gestern noch nie von ihm gehört, obwohl er schon zuvor nicht unwichtig war, nämlich als Sekretär des glücklosen CDU-Generalsekretärs Peter Tauber . . . Und dann ist da noch ein zweiter wichtiger Berater an Merz' Seite, Jacob Schrot (ebenfalls 31), von dem man seit 2009 weiß „Jacob Schrot will Kanzler werden“, als Schrot die ZDF-Casting-Show „Ich kann Kanzler“ haushoch gewann. Zuvor war Schrot Berater im Kanzleramt und des früheren Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU). Auch bzgl. Schrot hätte Friedrich Merz wissen müssen, wen er sich da ins Haus holt. Jetzt ist Schrot sein Büroleiter in der Unionsfraktion und Leiter von deren wichtiger Strategie- und Planungskommission im Bundestag.“

„Innerhalb der Union“, so Steinhöfel weiter, „gab es über beide Personalien Kopfschütteln. Politische Gegenspieler wie die Parteilinke Katrin Prien aus Schleswig-Holstein oder die Laschet-Freundin und -Vertraute Serap Güler muß man politisch durch Posten oder Pöstchen in die Verantwortung einbinden. Aber im operativen Bereich braucht man Mitarbeiter, die zu einem stehen, eine verschworene Truppe muß es sein, die für den Chef durch Dick und Dünn geht. Merz aber hat sich Berater gesucht, die ihm in den Rücken gefallen, die für ein brachiales Desaster auf offener Bühne verantwortlich sind, das sogar bis in den US-Senat Wellen geschlagen hat.“

Soweit Joachim Steinhöfel. Wer sich solche Berater und Büroleiter hält, sehr geehrte Damen und Herren, braucht gewiß keine Feinde mehr. . . (tb)

5 „Jetzt hat die Realität deren Wahnvorstellungen eingeholt . . .“

So urteilt der Kernphysiker und Buchautor Hans Hofmann-Reinecke über die deutsche Energiepolitik der letzten Jahre: „Ausgerechnet unter grüner Regierungsbeteiligung wird jetzt über eine weitere Nutzung der noch verbliebenen deutschen Kernkraftwerke diskutiert. Ein Jahrzehnt lang haben Regierende mit der Macht von Cäsaren, mit dem Pflichtgefühl von Vierjährigen, dem Realitätssinn von Alkoholikern und der Selbstgefälligkeit von Hollywood-Stars die deutsche Energieversorgung gründlich ruiniert. Jetzt hat die Realität deren Wahnvorstellungen eingeholt und man beginnt zu überlegen, wie man aus dieser sehr teuren Sackgasse wieder herauskommt.“ (tb)

6 EZB löst ein zweifelhaftes Staatsfinanzierungsprogramm durch das nächste ab

Die Einrichtung rechtlich äußerst zweifelhafter (Staats-)Finanzierungsprogramme durch die Europäische Zentralbank (EZB) scheint sich zu verstetigen. Gegenstand mehrerer Beschwerden und Klagen war zunächst das PEPP-Programm (Pandemic Emergency Purchase Program), welches aus rechtlichen Gründen nicht weitergeführt werden sollte. Bevor der EuGH dessen Rechtswidrigkeit gerichtlich hätte feststellen müssen, wurde es im März beendet. Einst eingeführt wurde das Programm unter dem Vorwand der von der Politik selbst bewusst herbeigeführten „Sabotagepolitik“ im Rahmen der Corona-Pandemie. Ein eigenes Fehlverhalten der Politik wurde also „umgewandelt“ zur Begründung für die Auflage eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten.

Die Gelder kamen allerdings nicht hauptsächlich den Coronamaßnahmen-Geschädigten zugute, sondern wurden zur Staatsfinanzierung vor allem nach Italien, Frankreich, Spanien und Portugal, also den Pleitestaaten Europas, umgelenkt. Politisch unbotmäßigen Staaten wurden Auszahlungen aus dem Programm dagegen verweigert. Als illegal erweist sich dieses Programm nicht nur wegen der damit verbundenen politischen Erpressungsfunktion, sondern erst recht auch wegen der EU-vertragswidrigen Mittelverwendung. Die Mittel hätten nämlich eigentlich im Verhältnis der Größe der Mitgliedsländervolkswirtschaften eingesetzt werden müssen. Dies ist aber bewusst nicht geschehen.

Statt nun die Praxis mit illegalen Staatsfinanzierungsprogrammen zu beenden, hat die EZB neuerdings ein weiteres, rechtlich wieder zweifelhaftes Staatsfinanzierungsprogramm aufgelegt. Und wieder weigert sich die EZB, die Einhaltung der Vertragsgrundlagen (wie z.B. den Schuldenstand in den europäischen Mitgliedsländern) zu kontrollieren und sicherzustellen, während gleichzeitig immer neue und immer höhere Mittel zur einseitigen Staatsfinanzierung der überwiegend sozialistisch geprägten Pleitestaaten Europas aufgewendet werden. Dies führt im Endergebnis zu einer geschichtlich einzigartigen Vermögensumschichtung von den vergleichsweise bereits hoch belasteten Bürgern der Nordstaaten Europas hin zu den sozialistischen Pleitestaaten Südeuropas.

Das Besondere an der Situation ist auch, daß die Bürger einzelner Nordstaaten wie z.B. Deutschland nur einen Bruchteil des Medianvermögens gegenüber den Bürgern Südeuropas wie z.B. Italien besitzen. Dort sind die Bürger sozusagen „reich“ und die Staaten „arm“, während in Nordeuropa dagegen die Staaten eher „reich“ und die Bürger „arm“ sind. Die EZB sorgt also dafür, daß die im Medianvermögen ärmeren Deutschen die im Schnitt wohlhabenderen (!) Südeuropäer bereichern. Damit ist der deutsche Sparer doppelt gestraft. Einerseits hat er die höchsten Zwangsabgaben der Welt zu ertragen und kann nur den geringsten Teil seiner Leistung für sich behalten und andererseits werden ihm die Ersparnisse und Rentenansprüche – die er zwangsweise ansparen muss – über die EZB-Geldpolitik zugunsten der Südstaaten auch noch durch Inflation entwertet. Das alles geschieht mit Zustimmung fast aller etablierten Parteien im Bundestag. Dort erklärt man den Bürgern, daß für Entlastungen zwar kein Geld vorhanden sei, aber drei bis fünf Jahre Körperschaftssteueraufkommen im Handumdrehen für Waffenkäufe aufgebracht werden können. Auch dies ist ein gefährliches Spiel mit der Glaubwürdigkeit. (eh)

7 Neuer Fonds nach bewährtem Konzept

Wir weisen seit einigen Wochen auf einen nach sehr bewährtem Konzept gestalteten Immobilienfonds hin, der bei einer überschaubaren Planlaufzeit in bereits gut vermietete (oft „Vollvermietung“), größere Wohnanlagen investiert. Es geht dabei ausdrücklich nicht um den Luxusbereich, sondern ausschließlich um Wohnungen, deren Mieten noch von breiten Bevölkerungsschichten bezahlt werden können. Denn weil „Wohnen“ bekanntermaßen ein Grundbedürfnis ist, muß an der Werthaltigkeit derartiger Immobilien auch bei den uns mit hoher Wahrscheinlichkeit drohenden Rezessionszenarien nicht gezweifelt werden.

Getreu dem alten – und sehr richtigen – Kaufmannsmotto „Der spätere Gewinn liegt im Einkauf begründet“ lassen die Fondsverantwortlichen ihre seit Jahrzehnten gewachsenen Verbindungen und den ihnen vorausgehenden, tadellosen Ruf immer dann spielen, wenn es darum geht, werthaltige und stets gut vermietete Immobilien zu einem günstigen Preis zu erwerben. Daß dies auch heute noch funktioniert, zeigt das für den neuen Fonds bereits abgewickelte Kaufvolumen von annähernd 50 Millionen €. Der Quadratmeter-Durchschnittspreis liegt einschließlich der nach dem Kauf noch geplanten Instandhaltungsaufwendungen bei aktuell rund 1920 €. Ziel ist es, die Immobilien nach einer behutsamen Fortentwicklung wieder zu verkaufen. Für die bereits während der Fondslaufzeit plangemäß anlaufenden Ausschüttungen stehen zunächst die Mieterträge zur Verfügung und die für später prognostizierten Verkaufserlöse. Dem Fonds zugrunde liegt mithin ein Geschäftsmodell, daß zwar nicht jedermann betreiben kann, das man aber problemlos versteht.

Für den Fonds selbstverständlich ist seine anlegerfreundliche Ausgestaltung: Die Planlaufzeit liegt bei lediglich fünf bis sechs Jahren, das Disagio soll bei planmäßiger Fondsabwicklung wieder erstattet werden und bei der Gewinnaufteilung werden die Fondsinitiatoren etc. erst dann beteiligt, wenn die den Anlegern planmäßig zugesagte Mindestverzinsung verdient wurde („Anleger-zuerst-Prinzip“). Die Mindestbeteiligung liegt bei 25 000 € (im Ausnahmefall 10 000 €) zuzüglich 5 % Agio.

Für Leserinnen und Leser, die an dieser nicht zuletzt angesichts der aktuellen „Inflationsaussichten“ interessanten, unternehmerisch geprägten Anlagemöglichkeit interessiert sind, stellen wir gerne einen völlig unverbindlichen Kontakt zu einem uns bekannten Anlagevermittler her. Dieser wird Sie nach Erfüllung der inzwischen vom Gesetzgeber geforderten und für die Interessenten unverbindlichen und völlig kostenfreien Formalien umfassend über die mit dieser interessanten Anlagemöglichkeit einhergehenden Chancen und Risiken informieren. Bitte, richten Sie Ihren Kontaktwunsch an die Redaktion der „Vertraulichen“ in D-78266 Büsingen (Tel.: 0 77 34/60 61, Fax: 0 77 34/71 30 12, E-Mail: verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de – vielen Dank vorab! (tb)

8 Für Sie aufgelesen:

„Wer seine 60 Jahre auf dem Buckel hat, hat sie meist auch auf dem Bauch.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettetthofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.